

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/33

Bonn, den 17. Februar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Schuldbuchforderungen sind Zwangsanleihen 57Protest an den Bundestag trägt die Unterschrift des CDU-Abgeordneten
Dr. Gaßmann2 "Wer spart, wird bestohlen" 17Schuld hat die schleichende Inflation.
Feststellung einer CDU-Zeitschrift3 Waffen für Portugal ? 32

Vor einer neuen Bonner Ungeschicklichkeit

4 Unglaublich, aber wahr 58Schlafmützigkeit verhindert eine großzügige Ausgestaltung
der Berufsumschulung5 - 6 Staatsräson und Meinungsfreiheit 66

Ein Moskauerbericht und seine Folgen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Schuldbuchforderungen sind Zwangsanleihen

Protest an den Bundestag trägt die Unterschrift des CDU-Abgeordneten
Dr. Gaßmann

K.F.-er. - Die Opposition werde zweifellos im Wahlkampf die Chance nutzen, "den Rentenversicherter darzustellen, daß die Regierungskoalition zugunsten neuer Subventionen für die Landwirtschaft nicht davor zurückschrecke, den finanziellen Spielraum der Rentenversicherungsträger einzuschränken". Dieses bemerkenswerte Zitat fand sich an Dienstag im Düsseldorfer "Handelsblatt", das der Bundesregierung schon vor Wochen bescheinigte, eine Finanz- und Haushaltspolitik nach dem Motto "Mach uns die Sintflut" zu betreiben. Die angesehene Düsseldorfer Wirtschaftszeitung, die das Problem der Schuldbuchverschreibungen anpackte, vertrat sogar die Meinung, das Spiel der Regierungskoalition mit den Trägern der Rentenversicherung könne sogar zum "Wahlschlager" werden. Einmal, weil es kaum ein hinlänglich rechtfertigendes Gegenargument gebe, zum anderen, weil der SPD "wieder stärker als in den vergangenen Jahren daran gelegen sein muß, die Arbeiter an die Wahlurnen zu bringen."

Aktueller Anlaß zu den Betrachtungen des "Handelsblattes" war der Brief des Verbandes der deutschen Rentenversicherungsträger an die Mitglieder der Bundestagsausschüsse für Haushalt, Sozialpolitik und Arbeit. Die Rentenversicherungsträger wenden sich mit allem Nachdruck in ihrem Schreiben an die Abgeordneten dagegen, auch 1965 einen 750 Millionen betragenden Teil der ihnen zustehenden Bundeszuschüsse nicht in bar, sondern nur in Form von Schuldbuchforderungen zuzuweisen. Wörtlich heißt es in dem Protestschreiben: "Der Vorstand des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger hat in seiner gestrigen Sitzung mit Befreunden zur Kenntnis genommen, daß den Rentenversicherungsträgern damit eine Zwangsanleihe auferlegt werden soll." Der Verband hat den Bundestag außerdem an das letztjährige Versprechen der Bundesregierung erinnert (als zum Ausgleich des Haushalts 1964 500 Millionen nur in Schuldbuchforderungen gegeben wurden), daß die Rentenversicherungsträger 1965 nicht wieder zur Deckung des Bundeshaushalts 1965 herangezogen würden.

Die Träger der Rentenversicherung hätten auf die Erklärungen der Regierung und des Parlaments vertraut und ihre finanziellen Dispositio-

nen entsprechend getroffen. Sie sähen sich nunmehr in diesem Vertrauen enttäuscht, um so mehr, als sie im Gegensatz zu 1964 jetzt durch Gesetz gezwungen würden, dem Bund die Mittel - zu ungünstigeren Bedingungen! - zur Verfügung zu stellen.

Und wörtlich heißt es dann noch in diesem geharnischten Protest: "Die Träger der Rentenversicherung werden durch dieses Vorgehen an eine schon einmal geübte Praxis gleicher Art erinnert, durch die das Vertrauen der Versicherten in ihre Rentenversicherung stark erschüttert wurde, und dies deshalb von deren Selbstverwaltungsorganen scharf abgelehnt wird." Der Verband warnt dann abschließend nochmals davor, das wieder gewonnene Vertrauen der Versicherten erneut zu belasten, was durch eine Zwangsanleihe eintreten könne.

Dieses Schreiben dürften Kanzler Erhard und Finanzminister Dahngrün und die sie tragenden Koalitionsabgeordneten nicht ohne weiteres hinter den Spiegel stecken. Nicht zuletzt auch wegen des Unterzeichners. Zwar steht unter dem Brief lediglich "gez. Gaßmann", aber die sozialpolitischen Fachleute des Bundestages wissen natürlich sehr genau, daß es sich hier um den württembergischen CDU-Abgeordneten Dr. Walter Gaßmann, einen Vertreter des Industrieflügels der Union, handelt. Dr. Gaßmann hat sich zwar schon gerühmt, er stecke seine Diäten als Abgeordneter fast ganz in den Kampf gegen die SPD, aber diesmal hat er den Beifall der SPD auf seiner Seite. Jedenfalls auf jener Seite, die seine Unterschrift als Vorsitzendem des Verbandes der Deutschen Rentenversicherungsträger trägt ...

+ + +

"Wer spart, wird bestohlen"

Schuld hat die schleichende Inflation

sp - Dieser alarmierende Titel und sein Untertitel stammen nicht vom SPD-Pressedienst, wir fanden ihn in CIVIS, einer offiziellen CDU-Zeitschrift. Titel und Untertitel standen am Anfang eines in einer Tageszeitung erschienenen Werbeinserats, in dem es denn weiter heißt:

- * Lohnerhöhung, Preiserhöhung, steigende Börsenkurse, dynamische Rente - wen kratzt es, wenn die Preise steigen? Den Sparer! Für ihn ist die Mark jedes Jahr zwei Pfennige weniger wert. Das sind
- * seit 1950 genau 32 Pfennige an jeder Mark! Ist diese schleichende Entwertung aufzuhalten? CIVIS untersucht das.

Wenn Sozialdemokraten auf die schleichende Geldentwertung hinweisen, reagieren die Regierungsparteien allergisch. Erst kürzlich bestritt Bundeswirtschaftsminister Schröder, daß es eine Geldentwertung gebe; die Regierung tue alles, um die Stabilität der Währung aufrechtzuerhalten. Aber nun stellt eine CDU-Zeitschrift selbst fest, die Mark habe seit 1950 ein Drittel ihres Wertes verloren und trifft damit eher eine Unter- als eine Überschätzung. Hat die CDU-Zeitschrift nun ein Donnerwetter der CDU zu erwarten?

+ + +

Waffen für Portugal ?

Vor einer neuen Bonner Ungeschicklichkeit

sp - Noch ist eine Entscheidung nicht gefallen, noch läßt sich eine neue Ungeschicklichkeit vermeiden. Die Absicht der Bundesregierung, alte Jagdflugzeuge in Kanada aufzukaufen, um sie dann Portugal zu übergeben, verrät einen bedauerlichen Mangel an Fingerspitzengefühl, außerdem verstößt sie gegen den gerade in diesen Tagen von der Bundesregierung verkündeten Grundsatz, Waffen in Spannungsgebiete nicht zu liefern.

Portugal ist eine Kolonialmacht, es befindet sich im Krieg gegen die um die Unabhängigkeit ihres Landes kämpfenden Rebellen. Wiederholt mußte sich die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit den Zuständen in der portugiesischen Kolonie Angola befassen. Am 14. Dezember 1962 verurteilte sie mit großer Mehrheit die Kolonialpolitik Portugals und verband dies mit dem Ersuchen an alle Staaten, Waffen und militärische Ausrüstungen, die gegen die Aufständischen in Angola eingesetzt werden könnten, nicht nach Portugal zu liefern. Der Sicherheitsrat schloß sich ein halbes Jahr später diesem Ersuchen an und empfahl gleichfalls ein Waffenembargo. Hat für die Bundesregierung ein von einer großen Mehrheit der Vereinten Nationen geäußertes Wunsch kein Gewicht und keine Geltung? Die Regierung steckt bis über den Hals in Mahost in selbstverschuldeten Schwierigkeiten, sie ließ es zu einem schweren Vertrauensverlust sowohl bei den Arabern als auch bei den Israelis kommen. Nun steht sie davor, falls sie ihre Absicht verwirklicht - die Verhandlungen mit Portugal sollen schon abschlußreif sein - sich neue Feindschaften zuzuziehen.

Die Kolonialmacht Portugal hat in Afrika, von der Südafrikanischen Union abgesehen, nicht einen einzigen Freund. Alle afrikanischen Staaten unterstützen mehr oder weniger die Rebellen, alle befürworten die Unabhängigkeit der letzten Kolonien Afrikas.

Der afrikanische Staatenblock nimmt in den Vereinten Nationen an Gewicht und Stimme zu, er stellt sogar den gegenwärtigen Präsidenten der UNO-Vollversammlung, einen Ghanaer, der in seiner Einführungsvorrede sich als ein Freund des deutschen Volkes erwies und die Welt vor den friedensbedrohenden Gefahren der deutschen Spaltung warnte. Die Bundesregierung wußte ihm wenig Dank dafür und tat seine Bemerkungen mit linker Hand ab.

Eine von der Bundesregierung veranlaßte Lieferung von Jagdflugzeugen an Portugal würde uns den Verlust aller Sympathien der neuen Staaten Afrikas kosten. Können wir uns nach all dem, was wir in letzter Zeit an verhängnisvollen Fehlgriffen und Fehlleistungen erlitten, dies uns noch erlauben? So vermehren wir nicht die Zahl unserer Freunde in der Welt.

Unglaublich, aber wahr

spk - Bis zum 1. Juli 1965 müssen beim Europäischen Sozialfonds in Brüssel die Jahresschätzungen für die Gewährung von Zuschüssen eingereicht werden. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist es leider unwahrscheinlich, daß die Bundesrepublik nun endlich die durch diesen Fonds gegebenen Möglichkeiten ausnützen wird. Es handelt sich dabei vor allem um die Umschulung der aus der Landwirtschaft ausscheidenden Arbeitskräfte, an deren Kosten sich der Europäische Sozialfonds zu 50 Prozent beteiligt.

Die SPD in Bayern verweist seit zwei Jahren unermüdlich darauf, daß z.B. Frankreich die Umschulung in großzügiger Weise durchführt und dabei die Hälfte der dazu benötigten Mittel aus Brüssel erhält. So zahlt Frankreich an die Umschüler Arbeitslohn, während bei uns nur Arbeitslosenunterstützung gewährt wird. Dazu beträgt die Umschulungsdauer sechs bis neun Monate gegenüber 13 Wochen in der Bundesrepublik.

Es dauerte bereits geraume Zeit, ehe die Bayerische Regierung auf die SPD-Vorschläge einging. Erst am 3.3.1964 beschloß der Ministerrat, sich mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Verbindung zu setzen, mit dem Ziel, das bisher angewandte System der Berufsumschulung zu überprüfen und eine ähnliche Regelung anzustreben, wie sie in Frankreich angewandt wird. Aus der Antwort von Staatssekretär Dr. Pirkel auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Karl Weishäupl ist zu entnehmen, daß sich der bayerische Arbeitsminister in Ausführung dieses Ministerratsbeschlusses am 20. März 1964 an den Bundesarbeitsminister wandte. Dieser antwortete "ungefähr" drei Monate später, nämlich im Juni 1964. Er teilte mit, daß die vorgetragenen Gesichtspunkte und Anregungen "seit längerem Gegenstand eingehender Überlegungen auch in seinem Hause seien". Die Bundesanstalt, so hieß es weiter, plane ihrerseits eine Neufassung der Richtlinien zur Durchführung beruflicher Bildungsmaßnahmen im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

Daraufhin blieb es wieder ruhig. Auf eine Rückfrage teilte dann am 9. Okt. 1964 der Präsident der Bundesanstalt mit, daß die Vorbereitungsarbeiten für die Neufassung der Richtlinien des Verwaltungsrates vom 4. Aug. 1955 vor allem deswegen noch nicht abgeschlossen werden konnten, weil er bemüht sei, Einblick in die beruflichen Bildungsprogramme anderer, insbesondere der EWG-Staaten, zu bekommen und die dort gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen zu verwerten.

Die Verordnung der EWG über den Europäischen Sozialfonds ist am 21. Aug. 1960 erschienen. Vier Jahre später werden bei den zuständigen Stellen der Bundesrepublik allmählich Überlegungen über eine Neufassung der veralteten Richtlinien angestellt. Die Begründung, daß die Vorbereitungsarbeiten für die Neufassung der Richtlinien deswegen noch nicht abgeschlossen werden konnten, weil man bemüht sei, Einblick in die beruflichen Bildungsprogramme anderer EWG-Staaten zu bekommen, beweist die Unbeholfenheit und Schwerfälligkeit der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Der Sachverhalt zeigt aber auch die Interessenlosigkeit der Bundesregierung auf.

Die Bundesrepublik steuert einen hohen Anteil der Kosten für den Europäischen Sozialfonds bei. Man kann selbstverständlich seit Jahren die Zuschüsse, die Frankreich zu seinem Umschulungsprogramm erhält, die Steuerzahler der Bundesrepublik finanzieren also seit Jahren das großzügige Umschulungsprogramm in Frankreich mit, während sich bei uns der größte Teil der aus der Landwirtschaft ausscheidenden Arbeitskräfte als Hilfsarbeiter verdienen muß. Wenn das bisherige Tempo anhält, wird noch eine geraume Zeit vergehen, bis bei uns eine Wandlung eintritt. Dabei würde es nur einer Anfrage in Brüssel bedürfen, um über die französische Regelung Auskunft zu erhalten. Was der bayerischen SPD innerhalb kurzer Zeit möglich war zu erfahren, müßte wohl auch der Bundesregierung gelingen.

Staatsräson und Meinungsfreiheit

Ein Moskaubericht und seine Folgen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleißner

Der bislang kaum bekannte Name eines jungen jugoslawischen Wissenschaftlers hat über Nacht nicht nur die Gemüter der Belgrader Intelligenz erregt, sondern, gemeinsam mit dem internationalen Echo, das er gefunden hat, die Frage nach den Grenzen der journalistischen Meinungsfreiheit in diesen Lande in den Vordergrund des Interesses gerückt. Mihajlo Mihajlov, dessen Eltern den Wirren der russischen Oktoberrevolution nach Jugoslawien entflohen waren, hatte in Belgrad und Zagreb Slawistik studiert, um schließlich an der Philosophischen Fakultät der dalmatinischen Stadt Zadar Dozent zu werden. Diese keineswegs außerordentliche Entwicklung hätte ihn wohl niemals zu einem "politischen Fall" werden lassen, wäre der junge literaturinteressierte Wissenschaftler im vorigen Jahr nicht aus der Sowjetunion mit einer Fülle von Impressionen heimgekehrt, die er der eigenen Öffentlichkeit nicht zurückhalten glaubte. So entstand ein fast hundertseitiger Bericht unter dem Titel "Moskauer Sommer '64", der in zwei Fortsetzungen in der Belgrader Literaturzeitschrift "Delo" erschienen war und dessen zweiter Teil in der Februarnummer soeben durch richterlichen Beschluß aus dem Verkehr gezogen worden ist.

Mihajlov schildert in seinen Ausführungen in erster Linie Begegnungen mit russischen Schriftstellern, wobei er gleichzeitig dem anonymen literarischen Schaffen der Häftlinge in den verschiedenen sowjetischen Inhaftierungslagern einen breiten Raum gibt. "Das ist sicherlich das bedeutendste folkloristische Schaffen unserer Epoche", meint der junge Autor hierzu begeistert. Wahrscheinlich wäre Mihajlovs Ausflug in den antistalinistischen Bereich sowjetischer Dichtung ohne sensationelle Folgen geblieben, hätte er sich nicht die Freiheit zugetraut, aus all dem auch einige politische Schlußfolgerungen zu ziehen, die man in Jugoslawien villeicht während des Kominformkonfliktes machen durfte, die jedoch in der Zeit der wiederentdeckten sowjetisch-jugoslawischen Freundschaft in dieser Schärfe kaum noch erwünscht sind. So sagte Mihajlov unverblümt, daß seiner Meinung nach nicht die Deutschen, sondern die Russen bereits im Jahre 1921 die ersten Todeslager errichtet und Hitler auch nicht den Erstanspruch auf den Völkermord

für sich beanspruchen kann, weil der kollektive Völkermord in der Sowjetunion schon einige Jahre vor dem deutschen Faschismus als politische Kampfweise angewendet worden ist.

Daß solche Anklagen in einem kommunistischen Staat wie Jugoslawien erscheinen konnten, veranlaßt - sieht man von den strafrechtlichen Folgen ab, die den Schreiber noch treffen könnten - zu der Frage, wie so etwas möglich ist. Man denkt an die Zensur, die doch solche Erscheinungen eigentlich verhindern sollte. Nun, eine Vorzensur gibt es in Jugoslawien eben nicht. Nur die Kommunisten sind in den Redaktionen aufgerufen, darauf zu achten, daß die Veröffentlichungen den Erfordernissen ihrer Ideologie und politischen Praxis entsprechen. Das allein kann jedoch nicht stets verhindern, daß der eine oder andere Autor mit dem Strafgesetz in Konflikt gerät, wenngleich dies wiederum auch nicht allzu häufig vorkommt. Um die Journalisten ideologisch für ihre Arbeit besser auszurichten, sollte ihnen gerade vor wenigen Tagen eine Art Berufskodex als Anleitung für ihre Arbeit zur Hand gegeben werden. Doch allein die Durchsetzung dieses Vorhabens stieß auf nicht geringe Opposition.

Im Falle Mihajlovs mag all dies zweitrangig sein, weil der junge Wissenschaftler der Journalistenzukunft ja gar nicht angehörte. So wird man schon zu strafrechtlichen Argumenten greifen müssen, wenn man ihn seinen literarischen Ausflug in die Politik der Sowjetunion vergelten möchte.

Bis zur Stunde ist noch nicht mit letzter Sicherheit anzunehmen, ob dies tatsächlich geschehen wird; aber die Staatsräson könnte nach bewährten Vorbildern es den jugoslawischen Kommunisten ratsam erscheinen lassen, sich nicht nur gegenüber Moskau ein Alibi zu schaffen, indem man sich von Mihajlov hinreichend abgrenzt, sondern gleichzeitig für den internen Gebrauch die Grenzen der erlaubten Kritik an Kommunismus - sei sie auch Antistalinismus - klar abzustecken.